

ÖBB-Katastrophe: 150.000 Euro Kosten für gescheitertes Café-Projekt!

Erfahren Sie, wie ein historischer ÖBB-Speisewagen in Innsbruck als Café geplant war und welche Baustopp-Probleme entstanden.

Innsbruck, Österreich - Der Projektverlauf der geplanten Umnutzung eines historischen ÖBB-Speisewagens zu einem Café vor der Bundesbahndirektion in Innsbruck stellt sich als äußerst kompliziert dar. Laut **Krone** sollte bereits in der ersten Aprilwoche 2022 mit den Bauarbeiten begonnen werden. Das Fundament für einen geplanten Bahnsteig wurde errichtet und die Grube für den Waggon ausgehoben, doch ein Baustopp wegen interner Querelen innerhalb der ÖBB führte zu massiven Verzögerungen. Die offiziellen Gründe hierfür lagen in der fehlenden Abstimmung sowie nicht erteilten Bewilligungen.

Der historische Waggon, bereitgestellt von den Eisenbahnfreunden Lienz, stürzte damit in eine rechtliche Auseinandersetzung. Die Baufirma, die mit den Arbeiten betraut war, klagte gegen die ÖBB und konnte den Prozess für sich entscheiden. Die ÖBB mussten daraufhin nicht nur etwa 70.000 Euro für Gerichts- und Anwaltskosten zahlen, sondern trugen auch weitere Kosten für bereits geleistete Bauarbeiten, was den Gesamtschaden auf rund 150.000 Euro ansteigen ließ.

Finanzielle Konsequenzen und Alternativen

Die Eisenbahnfreunde hatten ursprünglich eine Pacht von 6.000 Euro für den Waggon verlangt, mit möglichen monatlichen Mieteinnahmen von 1.000 Euro. Diese Einnahmen entfallen nun,

da stattdessen ein großes ÖBB-Logo für 30.000 Euro installiert werden soll. Zudem plant man, den Bereich durch Blumentöpfe im Wert von 6.000 Euro zu verschönern. Damit belaufen sich die Gesamtkosten des Projektes in drei Jahren auf über 200.000 Euro.

Der Kontext der aktuell laufenden Infrastrukturprojekte in Österreich ist nicht minder herausfordernd. In diesem Zusammenhang äußerte **Kurier** die Kritik an der dreijährigen Genehmigungsdauer für einige bedeutende Vorhaben. Laut einem Bericht des Klimaschutzministeriums liegt die mittlere Verfahrensdauer für UVP-Genehmigungsverfahren zwischen 2014 und 2023 bei zehn Monaten. Diese Verzögerungen sind teilweise auf die Corona-Pandemie und die Komplexität mancher Verfahren zurückzuführen.

Öffentliche Meinung und Bürgerbeteiligung

Bürgerinitiativen haben bereits hunderte Stunden und Geld investiert, um Projekte wie den Hochbau der Verbindungsbahn zu stoppen. Sie fordern stattdessen den Bau eines Tiefbaus in Form eines Tunnels. Kritisiert wird zudem, dass die Bürger nicht in die Planung eingebunden wurden und der Gestaltungswettbewerb ignoriert wurde. Offizielle Argumente der ÖBB, wonach der Ausbau der Verbindungsbahn wirtschaftliche Vorteile für die Region bringen würde, stoßen auf Widerstand.

Die öffentliche Diskurslage zeigt, dass laut einer Umfrage von **Bertelsmann Stiftung** 89 Prozent der Bürger mehr Mitsprachemöglichkeiten bei Infrastrukturprojekten wünschen. Rund zwei Drittel der Befragten wünschen sich aktivere Informationspolitik von Behörden, während jeder zweite Befragte bereit ist, sich während des Planungsprozesses zu engagieren. Diese Statistiken verdeutlichen den hohen Bedarf an Beteiligung und Information seitens der Bevölkerung, was für zukünftige Projekte von großer Bedeutung sein dürfte.

Die ÖBB stehen somit unter Druck, nicht nur die Genehmigungsprobleme zu lösen, sondern auch das Vertrauen der Anwohner zurückzugewinnen. Ein Erfolg hängt nicht nur von der zügigen Umsetzung der Projekte ab, sondern auch von einer transparenten und kommunikativen Herangehensweise an die Planung, die die Bürger aktiv miteinbezieht.

Details	
Vorfall	Prozess
Ursache	fehlende Abstimmung, Bewilligungen, interne ÖBB-Querelen
Ort	Innsbruck, Österreich
Schaden in €	150000
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.krone.at• kurier.at• www.bertelsmann-stiftung.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at